

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats

- Ralf Dahrendorf** Die Quadratur des Kreises
- János Kornai** Bürger und Staat
- Robert Skidelsky** Können wir uns den Wohlfahrtsstaat leisten?
- Zsuzsa Ferge** Freiheit und soziale Sicherheit
- Witold Krassowski** Highlife in Polen. Photographien
- Joschka Fischer** Solidarität und Globalismus
- J. Ladányi / I. Szelényi** Für einen Neuen Gesellschaftsvertrag
- E. Kreisky / B. Sauer** Wohlfahrtsstaat und Patriarchalismus
- Joan Tronto** *Politics of Care*: Fürsorge und Wohlfahrt
- Claus Leggewie** USA: Ein Schwein mit Flügeln ist noch kein Adler
- Dick Howard** Frankreich: Die Zukunft der Sozialpolitik
- Uwe Engfer** Der ostdeutsche Sonderweg
- Péter Esterházy** Europa: Wenn alles gut geht
- Leszek Kolakowski** Laienpredigt über christliche Werte

Leszek Kolakowski

LAIENPREDIGT ÜBER CHRISTLICHE WERTE

Diejenigen unter uns, die des Lesens mächtig sind, erinnern sich hoffentlich, was Jesus dem Pharisäer antwortete, als dieser ihn fragte, welches Gebot das wichtigste sei: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Ein zweites Gebot aber, so sagte Jesus – und darüber sollten wir nachdenken –, komme dem ersten gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Und Sie erinnern sich vielleicht auch, daß wir im Stillen beten sollen, daß wir Almosen geben sollen, ohne daß andere es sehen, daß wir die Frau unseres Nachbarn nicht begehren, unsere Nächsten nicht verdächtigen, unseren Feinden vergeben und uns um irdische Güter nicht sorgen sollen. Sie erinnern sich, wie Jesus den Teufel verjagte, als dieser ihn mit den Herrlichkeiten des irdischen Reichs in Versuchung führen wollte. Und schließlich entsinnen Sie sich vielleicht der Worte des Apostels Paulus, der sagte, daß wir die im Glauben Schwachen freundlich aufnehmen sollen; der ebenfalls sagte, daß selbst wenn er mit Engelzungen redete, wenn er weisagen könnte und wüßte alle Geheimnisse und hätte alle Erkenntnis und allen Glauben, so daß er Berge versetzen könnte, und hätte die Liebe nicht, so wäre er ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle. Manche erinnern sich vielleicht auch an die Worte des Heiligen Augustinus: Liebe und tue ansonsten, was du willst.

Doch weder der Apostel Paulus noch der Heilige Augustinus haben jemals über »christliche Werte« gesprochen, und das ist verwunderlich. Indes war es vielleicht nicht wichtig, weil sie diese Werte ja demonstrierten, wenn sie ihrem Volk predigten, wenn sie es lehrten, gut und böse zu unterscheiden, wenn sie erklärten, wie man das Seelenheil erlangt, und wenn sie immer wieder forderten, man solle Gott und seinen Nächsten bedingungslos lieben. Sind etwa diese Gebote des Evangeliums und der Väter gemeint, wenn von »christlichen Werten« die Rede ist? In diesem Fall müßte man annehmen, daß jene, die christliche Werte in einer Verfassung verankert sehen wollen, die der Staat dann durchzusetzen hätte, auch mit ihrer genauen Ausformulierung einverstanden wären: Der Staat soll dafür sorgen, daß seine Bürger Gott und ihre Nächsten lieben, im Stillen beten, sich um irdische Güter nicht allzu sehr kümmern, die Frau ihres Nächsten nicht begehren, usw.

Aber sie wissen sicherlich, daß das unmöglich ist, daß jeder sich mit einer solchen Forderung der Lächerlichkeit preisgäbe, und zwar aus verschiedenen Gründen. Die wichtigsten Gebote des Evangeliums beziehen sich auf die »Herzen« der Menschen, auf die Gefühle und den Glauben, auf eine Wirklichkeit also, in der man nichts mittels Gesetzen ge- oder verbieten kann und in der man keine Mittel besitzt, das Fehlen einer Haltung zu bestrafen, die zwar Gott bekannt, aber für die Menschen nicht sichtbar ist. Ist jedoch von den »christlichen Werten« die Rede, so geht es um Taten, geht es darum, sich auf die Verfassung berufen zu können, um in der Lage zu sein, bestimmte Gesetze zu erlassen, die neben den schon existierenden Verboten neue einführen, welche Gefängnisstrafen nicht nur für Mord, Diebstahl, Raub, Vergewaltigung usw. androhen, sondern auch für die Mißachtung bestimmter christlicher Werte.

Was für Werte sind das? Wir können es uns denken. An erster Stelle steht selbstverständlich die Abtreibung. Niemand wird behaupten, es handle sich dabei um eine Belanglosigkeit, die es nicht wert wäre, erörtert zu werden, und andererseits ist es klar, daß der Standpunkt der Kirche sich hierzu nicht ändern wird. Ich habe keineswegs vor, mich auf die Schwierigkeiten einzulassen, die mit dieser Frage verbunden sind. Nur eine Bemerkung sei gestattet. Das Argument, daß über moralische Fragen nicht abgestimmt werden könne, ist nicht stichhaltig, denn die Frage ist nicht, ob Abtreibung eine löbliche Tat ist oder nicht, sondern, ob und nach welchen Regeln sie strafbar sein sollte. Es geht also um die Festlegung von Gesetzen. Und in einem nichttotalitären Staat kann das Gesetz nur durch Abstimmung im Parlament oder durch ein Referendum Geltung erlangen.

Zweitens die Empfängnisverhütung. Ich habe bisher von niemandem den Vorschlag gehört, den Verkauf von Pille und Kondom gesetzlich zu verbieten. Aber warum eigentlich nicht, wenn Empfängnisverhütung – wie wir hören – zu verdammen ist? Für ein solches Gesetz würden viele stimmen, unter anderem diejenigen, die darauf hoffen, mit dem illegalen Import solcher Mittel ein Vermögen zu verdienen; die Folgen wären mit denen der Prohibition in Amerika vergleichbar – das Verbrechen blüht, und der Gesetzgeber blamiert sich.

Es wurde bisher auch nicht die Forderung laut, daß man die Ehebrecherinnen und Ehebrecher steinigen sollte – schließlich liegt niemandem an einer Entvölkerung seines Landes. Aber auch hier kann man fragen – warum eigentlich nicht? Ehebruch ist doch eine schwere Überschreitung, wie wir wissen, eine Sünde, die zum Himmel schreit. Sollten wir also den Ehebrechern nicht die Köpfe abschlagen? Nicht, daß jemand dies verlangen würde, ich sage nur, daß sich eine solche Maßnahme mit der Berufung auf in der Verfassung verankerte christliche Werte begründen ließe.

Soviel zum Sex. Und was ist mit Habgier, Neid, Trunksucht, Völlerei, Lüge? Der Trunksucht sollte man sicherlich entgegenwirken – aber nicht, weil sie unchristlich, sondern weil sie schädlich ist. Doch das Gesetz kann hier nur wenig ausrichten (außer in besonderen Fällen wie Trunkenheit am Steuer). Die Kirche hat sicherlich das heilige Recht, nicht nur die Sünden zu verurteilen, die die Mehrheit, zumindest theoretisch, als Sünden empfindet – Habgier oder Neid etwa – sondern auch die Pille und das Kondom, selbst wenn bekannt ist, daß das Volk sich aus diesen Verboten nicht viel macht. Es ist nicht an mir zu entscheiden, wieviel Energie die Seelsorge gegen Habgier und Neid und wieviel sie gegen die Pille aufwenden sollte. Aber daraus, daß dies oder jenes moralisch verwerflich ist, folgt noch nicht, daß es auch gesetzlich verfolgt werden müßte. Die Unterscheidung zwischen moralischer und rechtlicher Ordnung ist in jedem nichttotalitären System natürlich und zwingend; und daß ein Gesetz, das allgemein gebrochen wird, kein gutes Gesetz ist, das wußte bereits Cicero.

Natürlich ist es nicht sinnvoll zu fordern, der Staat solle sich in Bezug auf die Unterscheidung zwischen Gut und Böse neutral verhalten. Die Bischöfe, die diese Forderung kritisieren, haben zweifellos recht. Die Unterscheidung ist in jedem Begriff von Gerechtigkeit und auch in der Gesetzgebung implizit enthalten. Und der Staat ist ja auch für die Schulen verantwortlich, in denen die Kinder diese Unterscheidung lernen sollen. Deshalb ist es richtig, vom Staat zu verlangen, für all die ehrwürdigen Dinge Sorge zu tragen, die das Leben erträglich machen – das menschliche Leben, die Familie, den Glauben an die Würde des Menschen, den Respekt für Unterschiede, Toleranz. All diese Dinge sind mit dem Christentum gut vereinbar. Und obwohl es keinen Streit darüber gibt, daß Vergewaltigung schlecht ist und Nächstenliebe gut, so sind in anderen Fragen Auseinandersetzungen doch denkbar.

In den Augen der Bischöfe ist es gut, regelmäßig zu beichten, und nicht gut, sich vor der Beichte zu drücken. Sie fordern jedoch nicht vom Staat, die Beichte gesetzlich einzuführen. Der Staat benötigt keine »christlichen Werte« als gesetzgenerierende Formel, denn eine solche würde vor allem dazu dienen, das Gesetz auf jene Bereiche der Unterscheidung von Gut und Böse auszudehnen, die kontrovers sind. Und das würde der Intoleranz und Repression Vorschub leisten. Woher wiederum die Unterscheidung von Gut und Böse rührt, das muß weder der Staat noch das Gesetz entscheiden. Beide müssen und dürfen auch nicht behaupten, sie rühre von Gott, denn das festzustellen, ist der Gesetzgeber nicht in der Lage. Die kirchliche Lehre, zumindest die wichtigsten theologischen Schulen, anerkennen auf der anderen Seite, daß Gott ein gewisses Wissen um diese Unterscheidung in die menschliche Seele eingeschrieben hat, so daß wir unabhängig vom Glauben Kenntnis davon haben können.

Analoge Argumente gelten auch für den nächsten Bereich, in dem sich Gesetze auf christliche Werte berufen können (können, aber nicht sollen, wie ich meine): die Zensur. Die Zensur von Worten und Bildern, die die Kirche als beleidigend oder als sittenwidrig erachtet. Die Kirche hat selbstverständlich das Recht zu verlangen, daß das Gesetz sie vor schmähenden Angriffen schützt, aber eine Entscheidung in dieser Sache muß den weltlichen Gerichten überlassen bleiben. Andernfalls wäre die Kirche Ankläger, Partei und Richter in einem. Nur die weltlichen Gerichte können im Einzelfall entscheiden, ob die Kirche auf unzulässige Weise beleidigt worden ist, und sie können natürlich nicht davon ausgehen, daß jedwede Kritik, die sich gegen die Kirche, den Bischof, die Religion richtet, oder jede Leugnung der Existenz Gottes für die Kirche ein Martyrium darstellt und strafbar sein muß, denn sonst würden wir in einem ideologischen Staat leben wie in der Stalinzeit.

Das Episkopat hat kürzlich einen Film verurteilt, der seiner Meinung nach die Kirche und die Priester verunglimpft. Angenommen, dies wäre der Fall, dann müßte man doch fragen, was das Ziel einer solchen Verurteilung sein soll. Die Bischöfe wissen ja, wie wir alle, daß so etwas die wirksamste Werbung darstellt. (Wieviel Menschen haben die Bücher von Salman Rushdie nur infolge des Todesurteils gelesen, das die iranischen Fanatiker gegen ihn verhängt haben; und wieviele Menschen haben »Spycatcher«, das Buch über die Geschichte der britischen Abwehr, nur deshalb gelesen, weil Frau Thatcher unklug genug war, den Import des Buches nach Großbritannien zu verbieten!) Wenn der Zweck der Verurteilung also nicht darin bestehen kann, die Zahl der Rezipienten zu verringern, denn man weiß ja, daß das Gegenteil der Fall sein wird, worin soll er dann bestehen? Da nicht die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme das Anliegen zu sein scheint, fürchte ich, daß hier nur das Gefühl, »etwas getan zu haben« wichtig ist, die bürokratische Genugtuung also.

Was die Zensur im Bereich der Sittlichkeit betrifft, so hege ich gewiß keinerlei Sympathie für Pornographie. Aber es ist hoffnungslos, wirksame Gesetze gegen die Pornographie einzuführen, und es wird immer hoffnungsloser. Das betrifft nicht nur die Frage der Pornographie. Die Fortschritte in der Kommunikationstechnik machen eine Zensur heute undurchführbar.

Man schreibt in letzter Zeit viel über die kulturellen Folgen des Internet. Viele sind der Meinung, daß die blitzartige Entwicklung dieser Technologie totalitären Regimen – ob kommunistisch wie China oder religiös wie der Iran – in absehbarer Zukunft den Garaus machen werden. Es wird einfach keine Möglichkeit mehr geben, die Menschen vom globalen Kommunikationsnetz abzuschneiden. Man kann den Gebrauch von Geräten zum Empfang von Satellitenfernsehen polizeilich verbieten, aber diese

Verbote werden immer weniger durchsetzbar sein; und an das Internet angeschlossene Computer werden zumindest in Ländern mit einem minimalen Bildungsniveau immer breiter zugänglich werden. Eine Zensur – gleich, ob kommunistisch, islamisch oder katholisch – wird unter solchen Bedingungen nicht mehr funktionieren. Die Kirche wird also unter der Prämisse wirken müssen, daß es keine technischen Mittel gibt, die Gläubigen vor unerwünschten Quellen der Propaganda, Einflußnahme und Information zu bewahren. Wer welche Informationen nutzt, ist Sache seiner freien Wahl.

Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, daß irgendeine katholische Zeitschrift nicht gelesen wird, während andere, nichtkatholische gelesen werden. Man kann nur darüber nachdenken, wie zu bewerkstelligen wäre, daß eine katholische Zeitschrift Vertrauen und Sympathie und nicht Langeweile und Widerwillen auslöst. Gegen den Teufel – in welcher Gestalt auch immer – zu wettern, ist wirkungslos. Der Teufel weiß besser, was er tun soll, und die Kirche kann ihn nur mit Mitteln bekämpfen, die unserer Kultur Rechnung tragen, so wie sie ist. Unsere Zivilisation hat furchtbare Seiten, aber die Kirche kann und wird nur das Wort dagegen setzen können und nicht das Schwert.

Machen wir uns also nichts vor: Es wird keine Zensur geben – nicht, weil sie schlecht ist, sondern weil sie undurchführbar geworden ist. Die Menschen werden wählen – nicht, weil sie die notwendige Urteilskraft besitzen, sondern weil es sich nicht vermeiden läßt zu wählen.

Christliche Werte gehören jedoch aus grundsätzlicheren Überlegungen nicht in die Verfassung. »Christliche Werte«, das ist kein Begriff aus der Sprache des Glaubens, sondern aus der Sprache der Soziologie oder der Ethik. Daß weder der Apostel Paulus noch der Hl. Augustinus von »christlichen Werten« sprachen, ist, wie schon bemerkt, verständlich, denn wenn man davon spricht, spricht man gleichsam von außen. Bei denjenigen, die christliche Werte in den Gesetzen anmahnen, kann man sich des Verdachts nicht erwehren, sie wollten aus dem Christentum eine Ideologie machen, und das ist das Christentum ganz entschieden nicht. Christliche Werte in der Verfassung würden nicht die weltlichen Institutionen evangelisieren, sondern das Christentum heidnisch machen.

In Bezug auf Polen ist es natürlich und notwendig, daß die Präambel der Verfassung die Bedeutung unterstreicht, die die religiöse Tradition und die Kirche in der Geschichte der polnischen Nation haben. Doch die Forderung nach gesetzlicher Verankerung der christlichen Werte ist heidnisch und ideologisch. Kaiser Konstantin hat die heidnischen Tempel zerstört und auf diese Weise zum Triumph des Christentums beigetragen, aber eines Christentums ganz spezieller Art: als herrschende Ideologie. Wie dem auch sei, eine Wiederholung seines Werks ist nicht möglich, weil das Christen-

tum nicht von den Anbetern des Baal oder des Zeus, sondern von den Anbetern des Geldes bedroht wird, und die Tempel des Geldes zu zerstören, das müßte einer erst mal wagen.

Eine weitere Gefahr rührt daher, daß die Auslegung der Gesetze Sache der weltlichen Institutionen ist, die von wechselnden politischen Kräften beherrscht werden. Das könnte schließlich dazu führen, daß die politischen Parteien, die gerade an der Macht sind, darüber entscheiden, worin die »christlichen Werte« bestehen und worin nicht, wodurch wir durch die Hintertür bei der erastinischen Häresie landen würden, die es gerade zu vermeiden galt. (Zur Erinnerung: Der protestantische Theologe Erastus aus dem 16. Jhd. wollte der weltlichen Macht die volle Rechtssprechung in kirchlichen Fragen überantworten.) Ein gut geschulter Dialektiker wird zudem immer nachweisen können, daß alles, was den Herrschenden gerade gefällt, ganz bestimmt in Übereinstimmung mit den christlichen Werten steht, so zum Beispiel der Kommunismus; ich könnte selbst eine solche Beweisführung antreten.

Es gibt nichts, das besser, nichts, das mitreißender und verehrungswürdiger wäre, als der Ruf Jesu Christi, und nichts steht uns besser an, als uns zu schämen, daß nur so wenige diesem Ruf folgen. Daraus ergibt sich selbstverständlich nicht, daß alle Mittel, die die Kirche über Jahrhunderte angewandt hat, um ihn lebendig zu halten, einschließlich Verfolgung und Zensur, gut gewesen wären. Ich wiederhole: Eine Zensur wird es nicht geben, einen christlich ideologischen (besser gesagt pseudochristlichen) Staat wird es auch nicht geben. Die barbarischen Mittel, die verschiedene Abspaltungen des Islam anwenden, sind in unserer Welt nicht akzeptabel, darüberhinaus ist ihre Wirksamkeit langfristig äußerst zweifelhaft.

Das Christentum muß also auf der Grundlage der Prämisse wirken, daß es nicht in der Lage ist, der heutigen Zivilisation ein Ende zu machen. Und diese Zivilisation beruht auf der nicht ausgesprochenen Übereinkunft, daß das Vergnügen das höchste, wenn nicht das einzige Gut ist. Doch das kann das Christentum auf keinen Fall hinnehmen, wenn es sich nicht selbst den Todesstoß versetzen will. Es wird deshalb, nicht zum ersten Mal, »gegen die Welt« sein, und es wird nur unter dieser Bedingung überleben. Es gibt aber zwei Wege, auf denen sich das Christentum zu Tode bringen könnte: Entweder, indem es sich der bestehenden Zivilisation anpaßt, nur weil es sie gibt (und es scheint solche Strömungen zu geben), oder umgekehrt, indem es versucht, sich mit Hilfe von gesetzlichem Zwang durchzusetzen.

Daraus folgt aber ganz und gar nicht, daß die Kirche »sich nicht in die Politik einmischen« solle, wie die Herrschenden des kommunistischen Regimes zu sagen pflegten. Die Kirche hat das Recht wie alle anderen auch, sich in die Politik einzumischen und dabei nicht nur ihre eigenen Vorstellungen über die Einrichtung des irdischen Staates zu propagieren, sondern

auch bestimmte politische Parteien und Personen zu unterstützen und andere zu bekämpfen. Aber sie muß zur Kenntnis nehmen, daß sie dann auch nach politischen Maßstäben beurteilt wird. Sie wird ihr Anliegen nicht befördern, sondern eher ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie zu suggerieren versucht, daß man diesen oder jenen Kandidaten wählen sollte, weil »Gott es so will«. Was Gott von den Menschen will, wissen wir aus dem Evangelium, wir wissen jedoch nicht, wen Gott aus welchen Gründen in einer bestimmten politischen Situation begünstigen würde. Wenn die Kirche aber am politischen Spiel teilnimmt – auch wenn keine Geistlichen für das Parlament kandidieren – dann muß sie auch politische Niederlagen in Kauf nehmen.

Bei den letzten polnischen Parlamentswahlen rief das Episkopat dazu auf, Parteien zu wählen, die »christliche Werte« unterstützen. Diese Parteien wurden dabei zwar nicht explizit genannt, welche gemeint waren, war aber einem Teil der katholischen Presse zu entnehmen, und ohnehin waren sie allgemein bekannt. Das Ergebnis: Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 50% stimmten 10% (d.h. ca. 5% der gesamten Wählerschaft) für diese Parteien. Was heißt das nun für Polen, könnte man fragen, haben wir 95% Katholiken oder eher 5%? Aber diese Frage geht von einer falschen Voraussetzung aus. Der Katholizismus ist graduell, so wie die Loyalität gegenüber der Kirche graduell und differenziert ist. Das Ergebnis der Wahl zeigt nicht, daß es in Polen 5% Katholiken gibt, sondern daß das Volk sich aus den politischen Empfehlungen der Kirche wenig macht. Das wäre kein Unglück, wenn nicht noch etwas anderes dazu käme: Je mehr die Menschen sehen, daß die Kirche in politische Spiele verstrickt ist, desto eher tendieren sie dazu, sie als einen politischen Organismus wahrzunehmen, und damit das Christentum seiner Inhalte zu entleeren.

Ja, wir kennen die traditionelle Unterscheidung von Politik als Kampf um die Macht und Politik als Sorge um das Gemeinwohl, aber zahlreiche und lange Erfahrungen haben diese Unterscheidung in der Wahrnehmung der Menschen verwischt. Und die meisten politischen Kräfte sagen doch unentwegt dasselbe: Es gehe ihnen nur um das Gemeinwohl, nicht um die Macht. Das ist die Realität, die wir vorfinden. Man kann das bedauern, aber es ist schwer, sie zu ändern.

Die Frage des politischen Einflusses der Kirche hängt letztendlich mit der Art und Weise zusammen, wie moralische Lehren von Forderungen nach Repression unterschieden werden. Um auf Polen zurückzukommen: Die Kirche hat das Recht zu verkünden, die Pille sei eine schlimme Sünde, aber man kann davon ausgehen, daß die Polen kein System wollen, in dem es strafbar wäre, die Pille zu nehmen, und sie haben den Verdacht, daß die Kirche, oder zumindest ein Teil der Kirche, genau so ein System anstrebt.

Papst Gelasius hat vor 1500 Jahren in seinem berühmten Brief an Kaiser

Anastasius seine Lehre von den zwei Schwertern formuliert. Wenn das geistliche Schwert der Kirche auch die materielle Oberhand über das weltliche Schwert des Staates bekommen will und Gesetze erläßt, so wird es verlieren. Das ist nicht weiter schlimm, denn es sollte verlieren. Wichtig ist nur, daß damit nicht auch das Christentum verliert. Ich glaube aber nicht, daß es verlieren wird.

Wie wir alle wissen, wird es zur Zeit einer schweren Prüfung ausgesetzt, und zwar nicht wegen der Verfolgungen, denen Christen in China, im Sudan und in einigen anderen muslimischen Staaten ausgesetzt sind. Nein, es ist die eigene Unfähigkeit, das Wort in einer Weise zu verkünden, die es lebendig werden ließe, die das Gewissen erreichen, es durch Vorbild und Glauben öffnen würde, insbesondere unter jungen und gebildeten Menschen. Dennoch glaube ich, daß das Christentum gerettet wird. Aber Heilige, nicht Bürokraten werden es retten, gute Menschen, nicht aufgeblasene Hasser, engagierte Gemeinschaften von Gläubigen, die sich am Rande der Kirche oder außerhalb (wenn auch nicht allzu weit entfernt) von ihr befinden.

Wir können auch nichts dagegen ausrichten, daß alles, was ein Priester tut, der Kirche angelastet wird, daß ein Priester, der die Menschen von sich wegstößt, sie auch von der Kirche wegstößt. Dennoch glaube ich, daß diese wunderbare und ungeheure geistige Energie, deren Eruption einst das Christentum entstehen ließ, durch all die Wechselfälle seines Schicksals stets wirksam war, selbst in den schlimmsten Augenblicken.

Nein, man soll mir hier nicht von der Inquisition, von den Kreuzzügen, den Scheiterhaufen, dem Index, nicht von Hus und Galilei erzählen. Ich weiß das alles, und ich sage mitnichten: »Das sind alte Geschichten, es lohnt nicht, ständig an sie zu erinnern«. Das Erinnern lohnt sehr wohl, denn es ist unsere Geschichte, also ein Teil von uns. Ich sage auch nicht: »Nun ja, die Kirche hat jeweils die Sitten ihrer Zeit übernommen, und die waren nicht immer die besten«, denn die Kirche hat ihre Zeit geprägt, oder mitgeprägt, und ist mithin für sie verantwortlich, umso mehr, je mehr Macht sie hatte. Und ihre Aufgabe war es, wenn nötig, ihre Zeit herauszufordern. Ich behaupte auch nicht hegelianisch, daß selbst dort, wo das Christentum mit Feuer und Schwert vorgegangen ist, es immerhin Barbarenstämme zivilisiert habe, historisch gesehen zu deren eigenem Vorteil; denn es gibt keine Methode, um in solchen Dingen Gewinn und Verlust zu berechnen.

Ich meine aber, daß selbst die Scheiterhaufen mehrdeutig waren. Neben allen politischen und privaten Motiven war auch echte Sorge um die Erlösung der Seele im Spiel. Nein, ich wünsche mir keine Rückkehr zu solchen Gepflogenheiten, zumal sie mir selbst nicht bekommen würden, aber ich möchte dem Offensichtlichen auf den Grund gehen, und dabei

wird sich, so glaube ich, stets zeigen, daß das Offensichtliche gar nicht so offensichtlich ist, daß die Welt tatsächlich vieldeutig und kompliziert ist, daß überall eine »zweite Wahrheit« existiert.

Der große Innozenz III., ein eiserner Papst, ein Theokrat und ein politisches Genie, hat, noch bevor er den päpstlichen Thron bestieg, ein kleines Büchlein geschrieben, in dem er ein sehr altes Thema behandelt: »De miseria humanae conditionis«. Heute scheint die Kirche dieses Thema vergessen zu haben. Es scheint, als ob sie sich ihrer Zeit anverwandeln wollte, indem sie uns suggeriert, es werde auf der Welt immer lustiger.

Dieser Meinung bin ich aber keineswegs, und ich wage sogar zu behaupten, daß es die Aufgabe der Kirche ist, dem Beispiel von Papst Innozenz III. zu folgen und vom Elend des menschlichen Schicksals zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, sich lächerlich zu machen oder sich dem dummen Vorwurf auszusetzen, die Kirche kenne das Leben nicht. Amen.

Aus dem Polnischen von Anna Leszczynska